

«Wir trinken das Wasser seit 30 Jahren»

Trinkwasser Die vom Kanton publizierten Zahlen zum mit Chlorothalonil belasteten Grundwasser zeigen nicht die ganze Wahrheit: Die Proben der Gemeinden seien nicht aufgeführt, sagt Kantonschemiker Otmar Deflorin.

Noah Fend

Herr Deflorin, bisher geht man von 50 Gemeinden und rund 180 000 Personen aus, die belastetes Wasser trinken.

Werden es noch mehr?

Um das zu wissen, müsste man überall zuerst Messungen durchführen. Die nun publizierten Daten beinhalten nur die amtlichen Stichproben des Kantons. Die Proben, die die Gemeinden und Wasserversorger selbst gemacht haben, sind nicht aufgeführt. Ich weiss aber, dass es noch mehr Gemeinden gibt, bei deren Messungen der Höchstwert überschritten wurde. Diese stehen mit uns in Kontakt.

Warum wurden diese Messungen nicht veröffentlicht?

Das dürfen wir als Kanton nicht. Gemäss Lebensmittelgesetz stehen wir unter Schweigepflicht.

Wer ist Schuld am Schadstoff im Wasser?

Die Landwirtschaft hat den Schadstoff ausgetragen. Es greift aber zu kurz, den Bauern die Schuld zu geben. Sie haben ein bewilligtes und legales Pflanzenschutzmittel angewendet.

Was ist daran genau schädlich?

Bei Chlorothalonil-Metaboliten kann nicht ausgeschlossen werden, dass sie krebserregend sind. Man spricht von einer möglicherweise genotoxischen Substanz. Das heisst, es kann zu Mutationen kommen, die zu Krebsgeschwüren führen können.

Trotzdem sagen Sie, der Konsum von Trinkwasser sei im ganzen Kanton unbedenklich. Warum?

Wir trinken dasselbe Wasser seit 30 Jahren. Nun, da man um den überschrittenen Höchstwert weiss, ist man verunsichert. Das ist verständlich. Der Höchstwert, der an einigen Orten überschritten wird, ist mit 0,1 Mikrogramm pro Liter aber bewusst sehr tief angesetzt. Zum Vergleich: Kartoffeln dürfen pro Kilogramm 50 Mikrogramm Chlorothalonil enthalten, Erdbeeren gar 5000 und Stängensellerie 10 000. Diese Lebensmittel essen wir bedenkenlos.

Warum ist der Höchstwert so tief?

Wir wollen unserem sehr sauberen Trinkwasser, auf das wir zu Recht stolz sind, Sorge tragen und eine hohe Qualität wahren.

Bisher kommunizierte der Kanton zurückhaltend. Das ist nicht gerade vertrauenerweckend.

Wasser untersteht dem Lebensmittelgesetz des Bundes, das uns wie gesagt unter Schweigepflicht stellt. Ich darf über amtliche Kontrollen keine Auskunft geben.

Die Gemeinden und Wasserversorger, die Kontrollen durchführen, aber schon.

Ja, als Kanton haben wir ihnen auch nahegelegt, aktiv zu kommunizieren. Einige haben das gemacht und Messergebnisse online publiziert, andere nicht.

Was tut der Kanton jetzt?

Er steht Gemeinden und Wasserversorgern zur Seite, wenn es da-



Aus dem Wasserhahn kommen auch Alltlasten: Das verbotene Fungizid Chlorothalonil ist verbreiteter als angenommen. Foto: Marc Dahinden

rum geht, kurz- und langfristige Massnahmen zur Verbesserung der Wasserqualität zu ergreifen. Es ist wichtig, überlegt zu handeln. Dazu braucht es etwas Zeit und das nötige Vertrauen in die Behörden.

Was können die Gemeinden kurzfristig tun?

Sie können Wasser aus belasteten Quellen mit weniger belastetem Wasser mischen, damit der Chlorothalonil-Anteil möglichst unter den Höchstwert sinkt.

Ist das überall möglich?

Nein. Zum Teil gibt es schlicht keine nahegelegenen Alternativen. Hier versucht der Kanton

eine überregionale Vernetzung verschiedener Gemeinden zu forcieren, um eine Wasserversorgung sicherzustellen. Es wäre sinnvoll, pro Region eine Wasserfassung zu haben, die nicht aus Grund-, sondern zum Beispiel aus Quellwasser gespeist wird.

Wird das Wasser im Kanton Bern jemals wieder ganz rein sein?



Otmar Deflorin
Kantonschemiker

Ja, mindestens so, dass die Belastung unter dem Höchstwert liegt.

Wie lange dauert das?

Das ist sehr schwierig zu sagen, weil es nicht nur vom Stoff selbst, sondern auch von vielen lokalen Begebenheiten abhängig ist, wie etwa der Bodeneigenschaften. An einigen Orten kann sich der Wert innert Jahren normalisieren, an anderen Orten dauert es womöglich Jahrzehnte.

Der Kanton Bern hat das schweizweite Chlorothalonil-Verbot angeregt. Ist er denn auch stärker belastet als andere Kantone?

Der Kanton Bern ist wohl ähnlich stark betroffen wie andere Kantone im Mittelland, in denen es viel Ackerbau gibt.

Werden in Zukunft weitere Wirkstoffe verboten?

Es ist gut möglich, dass in den nächsten Jahren neue Höchstwerte für andere Pestizide festgelegt werden, nach denen wir uns richten müssen.

Wer steht nun in der Verantwortung?

Gefragt sind nun in erster Linie die Gemeinden und Wasserversorger. Sie müssen messen und bei Bedarf Massnahmen treffen und Lösungen finden.

Konsumentenschutz rügt bernische Intransparenz

Ein Chlorothalonil-Verbot genüge nicht, findet der grüne Nationalrat Kilian Baumann.

Im Kanton Bern sind mehr Gemeinden von verunreinigtem Grund- und Trinkwasser betroffen als bisher angenommen. Bei über 50 Gemeinden ist der Grenzwert der Rückstände von Chlorothalonil im Trinkwasser zu hoch, wie die «Berner Zeitung» gestern berichtete. Demnach trinken über 178 000 Einwohnerinnen und Einwohner des Kantons Bern belastetes Wasser. Der Kanton hat nun aufgrund des Öffentlichkeitsprinzips die Werte präsentiert.

Handlungsbedarf erkannt

Beim Informationsverhalten von behördlicher Seite fehlte es jedoch lange an Transparenz. Wer sich bisher bei seiner Gemeinde über die Qualität des Trinkwassers informieren wollte, erhielt oft wenig bis gar keine Angaben, wie eine «Bund»-Recherche zeigte. Auf den Websites von Gemeinden waren veraltete Informationen aufgeschaltet. Verschiedene Institutionen sehen nun Handlungs-

bedarf und fordern in Zukunft mehr Klarheit von den Behörden.

«Der Kanton und die Gemeinden sollen transparenter über die Chlorothalonil-Rückstände im Trinkwasser informieren», sagt Sara Stalder, Geschäftsleiterin vom Schweizer Konsumentenschutz. Vor allem darüber, welche Massnahmen die Behörden nun ergreifen wollen, um das Trinkwasser wieder von den Metaboliten zu befreien. Stalder fordert aber nicht nur Massnahmen bei Chlorothalonil, sondern auch bei anderen Pestiziden. Die Schweiz solle grundsätzlich schneller handeln: «Wenn die EU Pestizide aus Gesundheitsgründen verbietet, soll die Schweiz nicht zaudern, indem sie selber noch Studien erstellt und Untersuchungen durchführt, sondern das Mittel umgehend auch als schädlich einstufen und verbieten.»

Auch der Berner Bauernverband will nicht untätig bleiben. «Kein weiteres Chlorothalonil

sollte mehr in die Umwelt gelangen», sagt Hans Jörg Rügsegger, Präsident des Berner Bauernverbandes (BEBV). Eine konkrete Massnahme, dass weniger «gefährliche Wirkstoffe» ins Grund- und danach ins Trinkwasser gelangten, sei, das vom Berner Bauernverband und dem Kanton lancierte Pflanzenschutzprojekt voranzutreiben, so Rügsegger.

Fokus auf andere Pestizide

Gelassener sieht es Daniel Bichsel, Präsident vom Verband Bernischer Gemeinden (VBG). Es solle zwar klar informiert, aber nicht unnötig Angst geschürt werden. Auch er findet konkrete Massnahmen wichtig. Die Behörden sollten aber aufhören, sich gegenseitig die Schuld zuzuschreiben, sondern gemeinsam Lösungen finden. Er sei jedoch positiv gestimmt für die Zukunft: «Mit dem Verbot auf nationaler Ebene von Chlorothalonil ist ein wichtiger Schritt getan.»

Das ist für Nationalrat Kilian Baumann (Grüne) zu wenig. «Nicht nur Chlorothalonil, sondern auch andere Pestizide müssen verboten oder zumindest eingeschränkt werden», sagt er. Diesbezüglich sei die Agrarpolitik des Bundesrates ab 2022 wegweisend für die Zukunft. Auch die Trinkwasser-Initiative sei ein Anstoss in die richtige Richtung. Die Initiative fordert, dass die Subventionen an die Landwirtschaft nur für Bewirtschaftungsweisen ausgerichtet werden, welche die Gesundheit und die Umwelt nicht gefährden und das Trinkwasser nicht verschmutzen. Baumann spricht auch als Bio-Bauer: «Pestizide im Getreidebau einzusetzen, ist blödsinnig finanzierte Umweltverschmutzung.»

Céline Rüttimann

Liste der betroffenen Gemeinden: trinkwasser.derbund.ch

Nachrichten

Mehr Spielraum für Gartenbeizen

Stadt Bern In der Stadt Bern gelten seit 1. Februar neue Leitlinien für die Gestaltung. Mit der zunehmenden «Mediterranisierung» sei auch eine flexiblere Gestaltung der Gastro-Aussenflächen gefragt – etwa mit Bistrotischen, Stehtischen oder Lounge-Möbeln, wie der Gemeinderat mitteilte. Neu dürfen Gastrobetreiber auf den bewilligten Aussenflächen zum Beispiel eine Buffetanlage betreiben oder Bar-Elemente aufstellen. (sda)

Bewaffneter Überfall auf Tankstellen-Shop

Urtenen-Schönbühl Beute in unbekannter Höhe haben am Mittwochabend zwei Räuber in Schönbühl gemacht. Die beiden vermummten Männer bedrohten die Angestellten eines Tankstellenshops an der Sandstrasse mit einer Faustfeuerwaffe. Mit dem erbeuteten Bargeld ergriffen sie die Flucht zu Fuss, wie die Polizei gestern mitteilte. Sie erliess einen Zeugenaufwurf. (sda)

Polizei fasst 20 Hockey-Fans nach Krawallen

Biel 20 Eishockey-Fans werden sich nach Ausschreitungen in Biel vor der Justiz verantworten müssen. Einen Monat nach den Krawallen wurden sie am Mittwoch bei einer koordinierten Aktion der Kantonspolizeien Bern, Neuenburg und Waadt gefasst. Das teilte die Regionale Staatsanwaltschaft in Biel gestern mit. Zu den Krawallen war es am Rand des Spiels zwischen dem EHC Biel und dem HC Lausanne am 3. Januar in Biel gekommen. Lausanner Fans sollen damals die Konfrontation mit Bielern gesucht haben. Zwei Personen wurden verletzt. Die Polizei setzte Gummischrot ein. (sda)

Detonationen: Polizei löst Rätsel

Biel Das Rätsel um eine Reihe von Detonationen im Januar in Biel ist gelöst. Die Polizei hat zwei Schweizer im Alter von 29 und 40 Jahren gefasst, die verbotene Petarden gezündet haben sollen. Das teilte die Regionale Staatsanwaltschaft Berner Jura-Seeland gestern mit. Die letzte Detonation war am vergangenen Freitag kurz nach 4.40 Uhr in der Innenstadt zu hören. Eine Polizeipatrouille hielt kurz darauf zwei Männer an. Diese gestanden, gesetzeswidrige Petarden gezündet zu haben. Der eine Mann gab auch zu, an rund zehn weiteren Detonationen beteiligt gewesen zu sein, die im Lauf des Monats in Biel zu hören gewesen waren. (sda)

18 Millionen für Schul-Sanierung

Biel Für 18,35 Millionen Franken will der Bieler Gemeinderat die Schulanlage Dufour sanieren. Das historische Gebäude ist zum Teil über 500 Jahre alt und steht unter Schutz. Der Stadtrat entscheidet am 20. Februar. Das letzte Wort haben am 17. Mai die Stimmberechtigten, wie die Stadt Biel am Dienstag mitteilte. Die Bausubstanz ist laut Gemeinderat grundsätzlich in einem guten Zustand, sodass der Erhalt mit einer massvollen Sanierung möglich sei. Sagt das Volk Ja, soll die Sanierung im Frühling 2021 begonnen und im August 2022 abgeschlossen werden. (sda)